Stand: 15.12.2025 18:02:31

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/8953

"Streckenstilllegungen und Rückbau vermeiden - Reaktivierungen ermöglichen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/8953 vom 12.11.2015
2. Plenarprotokoll Nr. 57 vom 12.11.2015
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/9662 des WI vom 26.11.2015
4. Beschluss des Plenums 17/9871 vom 02.02.2016
5. Plenarprotokoll Nr. 64 vom 02.02.2016

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 12.11.2015 **Drucksache 17/8953**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Dr. Christian Magerl, Thomas Mütze, Gisela Sengl, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Streckenstilllegungen und Rückbau vermeiden – Reaktivierungen ermöglichen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie zu berichten, wie die im Landesentwicklungsprogramm enthaltenen Grundsätze, die Möglichkeiten von Reaktivierungen zu nutzen und Streckenstilllegungen und Rückbau der bestehenden Schieneninfrastruktur zu vermeiden, umgesetzt werden.

Der Bericht soll insbesondere beinhalten:

– welche Strecken in Bayern potenziell für eine Reaktivierung in Betracht kommen;
– welche Investitionskosten für die Ertüchtigung der einzelnen Strecken notwendig wären;
– welche Kosten für die Bestellung eines Regelbetriebs auf den jeweiligen Strecken auf den Besteller zukämen;
– welche Verkehrsverlagerungs- und damit CO_2-Vermeidungspotenziale die einzelnen Strecken aufweisen;
– welche zusätzlichen Fahrgastgewinne für den Schienennahverkehr durch eine entsprechende Reaktivierung zu erwarten wären und wie dieser verkehrliche Nutzen in die Wirtschaftlichkeitsberechnung einfließt bzw. zukünftig einfließen könnte;
– welche Strategien andere Bundesländer bei der Reaktivierung verfolgen;
– welche Strecken in den anderen Bundesländern in den letzten Jahren reaktiviert wurden, wie sich dort die Fahrgastzahlen entgegen den Prognosen entwickelt haben;
– welche stillgelegten Strecken in Bayern derzeit keine Reaktivierungsperspektive haben;
– welche Maßnahmen die Staatsregierung ergreift um diese Strecken zu sichern bzw. einen Rückbau der Schieneninfrastruktur zu vermeiden und
– welche Maßnahmen andere Bundesländer zur Sicherung stillgelegter Strecken ergreifen.

Begründung:

Das Landesentwicklungsprogramm beinhaltet klare Grundsätze zur Vermeidung von Streckenstilllegungen und fordert, Reaktivierungen zu ermöglichen. Die Strecke Ulm – Senden – Weißenhorn wurde sehr erfolgreich reaktiviert. Nach mehrjährigen Verhandlungen soll nun auch die Bahnstrecke von Selb ins tschechische Asch wiederbelebt werden. Auf der Strecke zwischen Viechtach und Gotteszell wird nach jahrelanger Diskussion ein Probebetrieb durchgeführt. Darüber hinaus gibt es auch in weiteren Landesteilen Bayerns mehrere Strecken, die durchaus das Potenzial haben, erfolgreich reaktiviert zu werden. In zahlreichen Bürgerinitiativen bemühen sich die Menschen vor Ort, um für Ihre Strecken zu werben und erhalten hierbei auch Unterstützung der Kommunalpolitik. Nachdem sich der Vermittlungsausschuss zwischen Bundesrat und Bundestag am 14. Oktober auf den Kompromiss zur Finanzierung des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) einigte, werden die Regionalisierungsmittel auf acht Milliarden Euro und danach jährlich um 1,8 Prozent angehoben. Somit stehen dem Freistaat Bayern mehr Mittel zur Verfügung. Diese dürfen nicht nur zur Angebotsverbesserung in den Ballungsräumen Verwendung finden. Zur Umsetzung des in der Verfassung verankerten Ziels für gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern zu sorgen, müssen diese Mittel zumindest in Teilen dafür verwendet werden, zusätzliche Strecken zu reaktivieren und damit in weiteren Landesteilen wieder einen qualitativ hochwertigen Schienengebundenen Personennahverkehr anbieten zu können.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

den sind, an den Realschulen und den Gymnasien unterstützen wollen. Diese Modelle wollen wir im kommenden Schuljahr deutlich ausweiten. Das ist unsere Gesamtkonzeption.

Das momentane System beruht auf den Erfahrungen mit den Flüchtlingsbewegungen der Neunzigerjahre. Damals wurde die Definition der Schulpflicht im jetzigen Umfang und der jetzigen Konfiguration entwickelt. Eine nachhaltige Beschulung und das Einsetzen der Schulpflicht ist danach vorgesehen, wenn ein längerer Verbleib in einer Einrichtung, zum Beispiel einer Gemeinschaftsunterkunft, sicher ist. Dann sollen die Integrationsleistungen möglichst früh einsetzen. Die frühe Begegnung der Kinder mit der deutschen Sprache im Rahmen eines staatlichen Angebots ist jedoch an allen Erstaufnahmeeinrichtungen in Bayern State of the Art.

Frau Kollegin Wild, Sie haben richtigerweise festgestellt, dass es daneben Angebote dritter Träger, zum Beispiel der Inneren Mission oder Ehrenamtlicher, zum Erlernen der deutschen Sprache gibt. Außerdem haben wir in Bayern rund 70 Bildungsregionen, die wir darauf hingewiesen haben, dass die Integration der jungen Flüchtlinge in den allgemeinbildenden Schulen und auf ihrem Weg durch die duale Ausbildung eine Aufgabe ist, die zusammen mit den Experten in den Bildungsregionen in den Landkreisen und kreisfreien Städte angegangen werden sollte. Wir haben des Weiteren die Entwicklungen der Schulpflicht im Hinblick auf die aktuellen Anforderungen im Blick. Die Anforderungen sind heute möglicherweise andere als in den Neunzigerjahren, als die Schulpflicht neu gefasst wurde. Wir werden darauf reagieren. Das ist die momentane Situation. Ich würde das, zumindest in Umrissen, als Konzept bezeichnen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Nachdem die CSU jetzt eine namentliche Abstimmung beantragt hat - -

(Heiterkeit bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie wissen, dass ich die Pflicht habe, dies so mitzuteilen. Das tue ich hiermit.

(Dr. Christoph Rabenstein (SPD): Einmal, wenn wir mehr sind!)

Wir können daher erst zu einem späteren Zeitpunkt abstimmen.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Wir wären bereit! – Inge Aures (SPD): Wir sind da!)

- Ich auch, Frau Kollegin. - Ich möchte noch bekannt geben, dass die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/8936, 17/8937 und 17/8939 bis einschließlich 17/8941 sowie 17/8953 und 17/8954 in die zuständigen federführenden Ausschüsse überwiesen werden.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Antrag der Abgeordneten Dr. Herbert Kränzlein, Volkmar Halbleib, Harald Güller u. a. (SPD)
Verlängerung des Erbbaurechts für die Baugenossenschaft Oberwiesenfeld (Drs. 17/8075)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 24 Minuten. Als Erster hat Herr Kollege Dr. Kränzlein das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Bei diesem Antrag geht es nicht nur um ein kleines regionales Anliegen, sondern es geht um die Frage, wie wir mit staatlichen Grundstücken umgehen, die bereits mit Wohnungen bebaut sind und sich im Besitz von anderen Trägern befinden. Es geht darum, wie wir überhaupt mit Grundstücken, die dem Wohnungsbau zugeführt werden sollen, umgehen wollen. Wir können dies sehr gut an dem interessanten Beispiel der Baugenossenschaft Oberwiesenfeld diskutieren. Diese Wohnungsbaugenossenschaft feiert in Kürze ihr hundertjähriges Bestehen. Sie hat im Jahre 1918, in einer Notlage nach dem Ersten Weltkrieg, ein großes Grundstück des Freistaates Bayern erhalten, um der damaligen Wohnungsnot zu begegnen.

In einem Geviert in Schwabing im Bereich der Ackermannstraße und der Deidesheimer Straße wurde ein Wohnblock mit 169 Wohnungen gebaut, der heute zu einem Viertel von Staatsbediensteten bewohnt wird. Die Durchschnittsmiete in diesem Geviert liegt bei 7,40 Euro, was für München geradezu sensationell ist. Bei Alt-Wohnungen liegt die Miete bei 4 Euro. Bei einem Neubezug und einer Totalsanierung im Wert von 100.000 Euro liegt der Mietpreis bei 9,90 Euro.

Diese Erbpacht läuft nun aus. Die Baugenossenschaft Oberwiesenfeld will ihr Grundstück und diese Wohnanlage behalten und weiterführen. Deshalb möchte sie eine Verlängerung der Erbpacht erreichen. Die Verhandlungen mit der IMBY sind gelaufen und waren eigentlich positiv. Die CSU hat jedoch über das Finanzministerium im Haushaltsausschuss einen Stopp verfügt. Der Finanzminister will keine Erbpacht-Verlängerung und auch keinen Verkauf des Grundstücks an die Baugenossenschaft Oberwiesenfeld zu einem verträglichen Preis. Der Freistaat will dieses Wohnbau-Projekt an sich ziehen und die Anlage in der Zu-

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 26.11.2015 **Drucksache 17/9662**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 17/**8953**

Streckenstilllegungen und Rückbau vermeiden - Reaktivierungen ermöglichen

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Im 7. Spiegelstrich werden die Wörter „in den letzten Jahren“ durch die Wörter „seit der Bahnreform“ ersetzt.
2. Der 6. und der letzte Spiegelstrich werden gestrichen.

Berichterstatter: **Markus Ganserer**
Mitberichterstatter: **Eberhard Rotter**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 39. Sitzung am 26. November 2015 beraten und einstimmig mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

Martin Stümpfig
Stellvertretender Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 02.02.2016 **Drucksache 17/9871**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Dr. Christian Magerl, Thomas Mütze, Gisela Sengl, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/**8953**, 17/**9662**

Streckenstilllegungen und Rückbau vermeiden – Reaktivierungen ermöglichen

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie zu berichten, wie die im Landesentwicklungsprogramm enthaltenen Grundsätze, die Möglichkeiten von Reaktivierungen zu nutzen und Streckenstilllegungen und Rückbau der bestehenden Schieneninfrastruktur zu vermeiden, umgesetzt werden.

Der Bericht soll insbesondere beinhalten:

– welche Strecken in Bayern potenziell für eine Reaktivierung in Betracht kommen;
– welche Investitionskosten für die Ertüchtigung der einzelnen Strecken notwendig wären;
– welche Kosten für die Bestellung eines Regelbetriebs auf den jeweiligen Strecken auf den Besteller zukämen;
– welche Verkehrsverlagerungs- und damit CO_2-Vermeidungspotenziale die einzelnen Strecken aufweisen;
– welche zusätzlichen Fahrgastgewinne für den Schienennahverkehr durch eine entsprechende Reaktivierung zu erwarten wären und wie dieser verkehrliche Nutzen in die Wirtschaftlichkeitsberechnung einfließt bzw. zukünftig einfließen könnte;
– welche Strecken in den anderen Bundesländern seit der Bahnreform reaktiviert wurden, wie sich dort die Fahrgastzahlen entgegen den Prognosen entwickelt haben;
– welche stillgelegten Strecken in Bayern derzeit keine Reaktivierungsperspektive haben;
– welche Maßnahmen die Staatsregierung ergreift, um diese Strecken zu sichern bzw. einen Rückbau der Schieneninfrastruktur zu vermeiden.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Alle Fraktionen. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Regelung zur Berücksichtigung der Dyskalkulie gefordert!
Drs. 17/1619, 17/9744 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

2. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mehr Transparenz in der bayerischen Förderpolitik
Drs. 17/8205, 17/9658 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	Z

3. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Schienennahverkehrsplan endlich fortschreiben
Drs. 17/8397, 17/9659 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

4. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Staatliche Förderung und Beratung zur Reduktion der Milchmenge einsetzen
Drs. 17/8642, 17/9752 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	Z

5. Antrag der Abgeordneten Reinhold Bocklet, Erwin Huber, Eberhard Rotter u.a. CSU
Brutto- statt Nettovertrag für die S-Bahn München
Drs. 17/8671, 17/9661 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	ENTH	Z	Z

6. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Verankerung einer verpflichtenden Sperrklausel bei Europawahlen im Europarecht verhindern!
Drs. 17/8689, 17/9743 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A	Z	Z

7. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Asylsozialarbeit in Erstaufnahmeeinrichtungen sicherstellen
Drs. 17/8690, 17/9707 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

8. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sprengstoff-Suchgeräte
Drs. 17/8762, 17/9740 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

9. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Kathi Petersen, Ruth Müller u.a. SPD
Gesundheitliche Beeinträchtigungen durch Sprengstoffsuchgeräte am Münchner Flughafen
Drs. 17/8807, 17/9739 (E) [X]

Votum des mitberatenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

Die CSU-Fraktion hat gemäß §126 Abs. 3 BayLTGeschO beantragt, die Fassung des mitberatenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport der Abstimmung zugrunde zu legen.

10. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Bernhard Roos, Annette Karl u.a. und Fraktion (SPD)
Erhöhte Regionalisierungsmittel bevorzugt zur besseren Vernetzung von SPNV und ÖPNV, zur Wiederinbetriebnahme stillgelegter Bahnstrecken und dem beschleunigten Abbau von spezifischen Ausgabenresten für Baufortschritte nutzen!
Drs. 17/8939, 17/9660 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

11. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Lehr- und Lernmethode des Service Learning/Lernen durch Engagement im LehrplanPLUS der weiterführenden Schulen fest etablieren
Drs. 17/8940, 17/9751 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

12. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Streckenstilllegungen und Rückbau vermeiden − Reaktivierungen ermöglichen
Drs. 17/8953, 17/9662 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

13. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Reduktion der Schäden durch Schwarzwild − Schonzeiten für Keiler aufheben
Drs. 17/9059, 17/9753 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

14. Antrag der Abgeordneten Helga Schmitt-Bussinger, Alexandra Hiersemann, Stefan Schuster u.a. SPD
Technische Fakultät der FAU weiterentwickeln!
Drs. 17/9085, 17/9741 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

15. Antrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Oliver Jörg,
Petra Guttenberger u.a. CSU
Bayern digital: Eine Chance für alle Menschen
Drs. 17/9106, 17/9663 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

16. Antrag der Abgeordneten Erwin Huber, Eberhard Rotter,
Jürgen Baumgärtner u.a. CSU
Voraussetzung für Automatisiertes Fahren schaffen – Anforderungen an die Straßeninfrastruktur abklären
Drs. 17/9112, 17/9664 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

17. Antrag der Abgeordneten Eberhard Rotter, Erwin Huber, Karl Freller u.a. CSU
Bezahlbarer Wohnungsbau: Energieeinsparverordnung und Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz neu konzipieren und auf wirtschaftlich tragbare Anforderungen zurückführen
Drs. 17/9154, 17/9665 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	A

18. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller,
Erwin Huber u.a. und Fraktion (CSU)
Novellierung des Vergaberechts mittelstands- und kommunalfreundlich gestalten
Drs. 17/9230, 17/9666 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

19. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Transparente Offenlegung der gesamten Standardisierten Bewertung zum geplanten 2. S-Bahn Stammstreckentunnel
Drs. 17/9232, 17/9670 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

20. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Freiberufliche Struktur bei Architekten und Bauingenieuren erhalten
Drs. 17/9259, 17/9668 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z